

Die unbequemen Staatsbetriebe

Im Landtage veranfaßten gestern die Herren von rechts so etwas wie einen Großkampf gegen die ihnen so unangenehmen Staatsbetriebe. Zum Ausbau und zur Umstellung des Blaufarbenwerkes in Oberschlema waren im Laufe des Sommers große Bauten angefangen worden, ohne daß vorher die Zustimmung des Landtages eingeholt werden konnte, der damals nicht zusammentrat. Die Regierung ersuchte um nachträgliche Genehmigung der ausgegebenen Summen. Diese Gelegenheit benutzten Redner der bürgerlichen Parteien, um überhaupt ihr Mitsprechen an den Staatsbetrieben zu küssen. Der Deutsche Volksparteiler Anders erklärte sich darüber, daß die Regierung so eigenmächtig gehandelt und damit die Rechte des Landtages verletzt habe. Außerdem sind natürlich die Herren der Ansicht, daß der Ausbau der Staatsbetriebe eine schwere finanzielle Gefahr für den Staat bildet. Daß durch die rechtzeitige Inangriffnahme der Bauten Hunderte von Millionen gespart wurden, spielt für die Herrschaften keine Rolle, wäre es ihnen doch am liebsten, wenn die Staatsbetriebe ganz verschwänden. Geradezu komisch wirkte es, als die Herren sich darüber beklagten, daß die Kulturaufgaben litten, wenn der Staat so viel Geld in seine wirtschaftlichen Unternehmungen steckt. Dabei haben doch dieselben Parteien, die heute über die Hintanhaltung der Kulturaufgaben klagen, in den Landtagen der Vorkriegszeit die Kulturaufgaben völlig vernachlässigt. Gerade dann, so sifflte Genosse Helbig mit Recht aus, wenn für Kulturaufgaben mehr getan werden sollte, müßten die staatlichen Betriebe ausgebaut werden, aus deren man später die Mittel zur Erfüllung der Kulturaufgaben herausholen könnte. Trotz allen Protesten von rechts wurden die von der Regierung verausgabten Summen nachträglich bewilligt. Bei der Beratung des Etats der staatlichen Elektrizitätsversorgung leistete sich Herr Grenz eine recht törichte Rede, über die sich die Feinde der Staatsbetriebe freuen können. Er beklagte sich darüber, daß die staatlichen Betriebe Aufschüsse erfordern, und mußte erst darüber belehrt werden, daß es sich hier nicht um Aufschüsse handelt, sondern daß staatliche Mittel zum Ausbau der Werke angelegt werden. Herr Oberbürgermeister Wähler, der sich bei dieser Gelegenheit einen kleinen Sturmangriff leistete, hatte dabei das Recht, mit der Mehrheit in einigen Konflikten zu kommen, wofür ihm der Genosse Helbig eine tüchtige, freilich aber auch sehr gut angebrachte Abreibung verabreichte.

Sächsischer Landtag

23. Sitzung, Donnerstag den 8. März, vormittags 10 Uhr.

Heim Kapitel:

Blaufarbenwerk Oberschlema

monierte Abg. Dr. Eckardt (DnL. Sp.), daß hier Arbeiten von größerem Umfange in Angriff genommen worden seien, ohne daß der Landtag darüber die Mittel dazu bewilligt hätte, und beantragte die Ablehnung des Kapitals.

Finanzminister Helbig wies nach, daß die Erweiterung des Werkes bei dem Charakter des Staatsbetriebes unbedingt erforderlich gewesen ist. Der Vorstoß des Vordemers erklärte sich wohl aus seiner Besorgnis, daß der Staatsbetrieb der Privatindustrie Konkurrenz machen werde. Darauf könne jedoch keine Rücksicht genommen werden. Es ist auch früher vorgekommen, daß die Regierung etwas vorgezogen und sich die

Indemnität des Landtags erbeilen habe. Eine spätere Inangriffnahme der Arbeiten hätte den Staat Hunderte von Millionen gekostet.

Abg. Anders (D. Sp.) schließt sich im großen und ganzen dem deutschnationalen Redner an. Die Ausschaltung des Landtages mache es seiner Fraktion unmöglich, die angeforderten Mittel zu bewilligen.

Finanzminister Helbig: Sachjen muß sich, wenn es sich als Einzelfall überhaupt erhalten will, vom Verwaltungsverhalten in einem Wirtschaftsjahr umstellen. Einen solchen Beschluß hat der Landtag gefaßt. Dann muß man aber auch den Weg konsequent weitergehen. (Sehr richtig links.) Die Landtagsaufsicht hat dazu beigetragen, die Sache rechtzeitig dem Landtage vorzulegen.

Abg. Lieberich (Komm.) wirft der Mehrheit vor, daß sich hinter ihren verfassungswidrlichen Vorgehen die Profiteure des Privatunternehmens verberge, und verlangt von der Regierung, daß sie anlässlich des Streiks in der chemischen Industrie ihre Machtmittel zugunsten der Arbeiterschaft einsetze.

Finanzminister Helbig: Das Arbeitsministerium hat versucht, die beiden Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Dieser Versuch ist aber an der Paritätigkeit des Arbeitgeberverbandes gescheitert. Infolgedessen sind mit den Rednern in den Staatsbetrieben besondere Vereinbarungen getroffen worden. In den Staatsbetrieben wird also gearbeitet.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Bei Oberschlema handelt es sich um eine Umstellung des Werkes, die lange vorbereitet war. Es kann also nicht von einem unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnis im Sinne der Verfassung gesprochen werden. Dabei kämen Millionen in Frage. Die Lage der Staatsfinanzen mache die Zustimmung zu diesem Kapitel außerordentlich schwer. Der Redner beantragt schließlich die Zurückverweisung der Sache an den Ausschuss.

Abg. Dr. Oberle (DnL. Sp.): Der kurzfristige kapitalistische Steuerdisziplinismus habe zu einem Steuerwirrwarr geführt, der nun noch durch einen Wirtschaftswirrwarr ergänzt werde. (Lachen links.)

Abg. Bern (DnL. Sp.) behauptet, die Unternehmer in der chemischen Industrie hätten den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse gemacht.

Die Zurückverweisung wieb mit der Einkommensmajorität abgelehnt. Das Kapitel wird darauf gegen die Stimmen der Reichspartei und eines Teiles der Demokraten angenommen. Ein Teil der Demokraten hatte sich während der Abstimmung aus dem Saale entfernt.

3 Milliarden Kapitalbedarf des staatlichen Elektrizitätsunternehmens

Abg. Wähler (D. Sp.), daß er die Politik der Elektrizitätsverwaltung mißbillige. Aber auch die systematische Nachsicht des Landtages durch das Elektrizitätsunternehmen demoralisiere seine Funktion, die Anforderungen abzulehnen.

Finanzminister Helbig erwidert, daß er bemüht gewesen sei, ein Zusammengehen von Staat und Gemeinden herbeizuführen. Die Lage sei aber von gewissen Oberbürgermeistern erschwert worden. Die Staatsbetriebe hätten befriedigend gearbeitet.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und einiger Deutschnationalen genehmigt. Endlich kommt noch zur Beratung ein Antrag Voigt u. Gen. (D. Sp.) auf Einführung der Sommerzeit ab 1. April 1923, der mit der Mehrheit angenommen wird. Der Antrag wird dem Haushaltsausschuss B zur Weiterberatung überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 13. März.

Steuerdebatte im Reichstag

113. Sitzung des Reichstages Donnerstag den 8. März, nachm. 2 Uhr

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Verdrückung der Geldentwertung in den Steuererlassen. Die Vorlage bringt für nicht weniger als vierzehn Steuererlasse Änderungen. Der Berichterstatter des Steuerausschusses, Abg. Reinhold (Dem.), erklärt, daß weder durch die Regierungsvorlage noch durch die Beschlüsse des Ausschusses die Aufgabe, die Steuerleistungen auf eine weitestgehende Rechtmäßigkeit zu stellen, befriedigend gelöst worden sei. Die Vorlage könne nur einen Notbehelf schaffen, indem sie die Fälligkeitstermine der Steuern vorschleubt und durch hohe Verzugszinsen eine schnellere Eingahlung erreichen will. In einer Entschließung erucht der Ausschuss die Regierung, die Einkommensteuer auf eine neue, gerechtere Grundlage zu stellen.

Abg. Bernstein (Soz.):

Es handelt sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht um die Lösung eines Problems, sondern um den Versuch, sich im Augenblick aus den Schwierigkeiten herauszubefreien. Daß bei dem großen Sturz der Geldentwertung die Steuererlasse nicht mehr aufrechtzuerhalten waren, ist klar. Wir haben daher schon seit langer Zeit auf die Anpassung der Steuererlasse an die Geldentwertung hingedacht, leider ohne daß die Regierung diesem Vorschlag zustimmte. Bei einer gerechteren steuerlichen Erfassung des Volkseinkommens würde die Last der Steuern nicht so schwer auf den Rücken der Bevölkerung drücken. Die Vorlage ist ein Versuch, die Steuerleistungen auf eine weitestgehende Rechtmäßigkeit zu stellen, indem sie die Fälligkeitstermine der Steuern vorschleubt und durch hohe Verzugszinsen eine schnellere Eingahlung erreichen will. In einer Entschließung erucht der Ausschuss die Regierung, die Einkommensteuer auf eine neue, gerechtere Grundlage zu stellen.

vereinfachende Grundlage gestellt wissen wollen. Dadurch würde das rechtzeitige Auskommen der Steuer gesichert und das Reich gegen Ausverlufte bei der Steuerzahlung geschützt werden. Im Ausland, selbst in deutschfreundlichen Kreisen, glaubt man, daß Deutschland noch lange nicht alles tut, um seine Finanzen zu ordnen. Wir müssen daher die Bewertungsbeschlüsse, die Tarife und die Bestimmungen über die Steuererhebung so scharf gestalten, wie das nur immer möglich ist. (Sehr. Beifall bei den Soz.)

Eine sozialdemokratische Entschließung erucht die Regierung, den Termin für die Abgabe der Steuererklärung für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Zwangsanleihe nicht über den 15. April hinaus auszubehnen.

Der Kölner Abg. Dr. Wolbenhauer (D. Sp.), der als Aufsichtsrat der Badischen Anilin- und Sodawerke durch deren Geschäftsmit der französischen Regierung etwas Mißgeschick ist, sang ein bitteres Lied von den zeitigen Produktionskosten bei der Landwirtschaft. Er warnte vor einer zu starken Anziehung der Steuerlasten und schien sich in bezug auf die Erfassung der Sachwerte in Gegenwart zu setzen, an der die Streikmänner von Tage vorher. — Abg. Heffler gab am Donnerstag nur eine kurze Erklärung ab. Er wird wohl in den nächsten Tagen — die Beratung des umfangreichen und schwierigen Gesetzes mit mehreren Tagen in Anspruch nehmen — noch hinreichend in die Debatte eingreifen. — Der alte agrarische Zentrumsführer Herold polemisierte gegen die Angriffe Bernsteins auf die geringe kapitalistische Steuerlasten, insbesondere bei der Landwirtschaft. Er behauptete, daß die sozialdemokratischen Entwürfe die Substanz angreifen und über das Ziel hinausschießen.

Eine ziemlich unglückliche kurze Rede hielt dann der Staatssekretär Papf vom Reichsfinanzministerium. Auch er gab zunächst die Auffassung kund, daß eine wirklich zufriedenstellende Steuererhebung erst nach der Stabilisierung der Mark erreicht werden könne. Die Meinungen im Hause, daß der Reich in Deutschland nicht genügend besteuert sei, erklärte der Staatssekretär als falsch. Wir hätten unsere Vermögensverhältnisse angepaßt. Eine Behauptung, mit der die deutsche Reichsregierung bei den kommenden Reparationsverhandlungen unter keinen Umständen durchkommen wird. Die Bemerkungen des Staatssekretärs machten in der sozialdemokratischen Fraktion einen schlechten Eindruck. Der Staatssekretär gab dann Aufklärungen über ein von einem sozialdemokratischen Provinzialrat veröffentlichtes Rundschreiben, welches dahin verstanden worden war, daß die Unternehmer die Lohnsteuer erst am Schlusse des Jahres an die Finanzämter abzuführen hätten. Das sei ein Mißverständnis. Die Unternehmer müßten die eingezogenen Lohnsteuer im spätestens 10 Tage nach dem Schlusse jedes Monats an das Finanzamt abliefern. Bei jenem Rundschreiben handle es sich nur um die schließliche Verrechnung am Jahreschlusse.

Die Weiterberatung wurde auf Freitag nachmittag vertagt.

Kleine politische Nachrichten

Angora lehnt ab

London, 7. März. Reuter meldet aus Konstantinopel: Ein amtliches Telegramm aus Angora besagt, die Nationalversammlung lehnt, den Vertragentwurf von Lausanne als unannehmbar zu erklären, da er dem Nationalpakt widerspreche. Die beträchtliche Mehrheit ermächtigte daher die Regierung, die Friedensverhandlungen auf der Grundlage einer endgültigen Regelung in der Rückfrage und unter Wahrung der vollständigen Unabhängigkeit der Türkei fortzusetzen.

Umbildung des englischen Kabinetts

Der im Wahlkampf unterlegene Außenminister Lord Curzon überreichte seine Demission. Durch die Abgang Curzons überreichte seine Demission. Durch die Abgang Curzons überreichte seine Demission. Durch die Abgang Curzons überreichte seine Demission.

Neueste Telegramme

Die steigende Notenflut

1 1/2 Billionen Mark neue Banknoten in einem Monat hat die Reichsbank während des Februars neu in den Verkehr gebracht. Für die letzte Februarwoche, über die jetzt der Ausweis der Reichsbank vorliegt, betrug die Vermehrung des Notenumlaufs 389 Milliarden Mark. Er übersteigt damit den neuen traurigen Rekord von 3,5 Billionen Mark. Im Gegensatz zu den früheren Wochen des Februars, wo der Banknotenlauf vornehmlich durch die Kreditansprüche der Privatindustrie herbeigeführt war, war in der letzten Februarwoche ein Steigen der Staatsbedürfnisse zu beobachten. Der Bestand der Reichsbank an diskontierten Reichsschatanweisungen nahm nämlich in der letzten Woche des Februars um 503 Milliarden Mark auf 2947 Milliarden Mark zu, während sich gleichzeitig der Bestand an Handelswechseln um 177,5 auf 1829 Milliarden Mark erhöhte. Auch diese Zahlen sind ein Beweis für den immer noch anhaltenden Kreditbedarf des Staates und der Industrie und für die unzulängliche Finanzpolitik des Reiches, die auch nicht entfernt dem Reiche die Einnahme verschafft, deren es bedarf, um seine Aufgaben, insbesondere im Hinblick auf den Kampf um die Ruhr, zu erfüllen.

Aus dem dunklen Bayern

München, 9. März. Der bayerische Landtag genehmigte mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien mit 26 gegen 26 Stimmen die Vorlage der Staatsregierung betreffend die Befreiung des früheren Königsbaus. Präsident Königbauer gedachte unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien nach der Abstimmung des Wirkens der Wittelsbacher für Volk und Land.

Festgenommene Eisenbahnräuber

Kassel, 9. März. Der Ueberwachungsabteilung der Reichsbahninspektion Kassel ist es gelungen, einer Eisenbahnräuberbande habhaft zu werden, die seit langem zwischen Nordhausen und Kassel auf fahrende Güterzüge sprang, die Wagen gewaltsam öffnete und die Frachten abwarf, worauf diese von den Genossen aufgesucht und in Bestände gebracht wurden. Die in den Güterwagen tätigen Diebe sprangen an einer geeigneten Stelle von dem fahrenden Zug wieder ab. Die Verbrecher, die alle aus Weichselberg stammen und von denen bisher acht festgenommen sind, waren durch ihre Räubereien in kurzer Zeit zu vielfachen Millionen gekommen. Der der Eisenbahnverwaltung zugefügte Schaden beträgt über 100 Millionen Mark.

Belgische Führer

Paris, 9. März. (Eig. Draht.) An der belgischen Konferenz in Brüssel werden außer Poinceux auch Le Trouwneur, Tirard und General Degoutte teilnehmen. Es soll ein neuer Reparationsplan aufgestellt werden, für den Augenblick, wo Deutschland sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Für den Fall weiteren Widerstandes soll ein zweites Programm aufgestellt werden, das u. a. die Befreiung von Frankfurt sowie die Befreiung von Bremen und Osnabrück zwecks Abschaffung der Kohlenzufuhr aus Schweden vorsieht. Die Pressenmaßnahmen gegen Deutschland werden auf Grund eines Berichts des Generals Degoutte erörtert werden, der einen Plan für den Aufbau der Polinnen aufstellt. In Paris besteht der Eindruck, daß die Belgier sich aus dem Ruhrunternehmen zurückziehen wünschen, zum mindesten eine baldige Klärung der Frage erstreben und das dort der Kampf zu Verhandlungen zu suchen ist. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob das Programm für die Verhandlungen mit Deutschland von der bisherigen französischen Voraussetzung einer deutschen Kapitalisation abhängig gemacht wird.

Das englische Militärbudget stark herabgesetzt

London, 9. März. (Eig. Draht.) Das englische Budget weist Ersparnisse gegenüber dem Vorjahre von rund 100 Millionen Pfund auf. Bei der Flotte sind die Ausgaben um rund 6,8, in der Armee um 10 Millionen gekürzt. Nur für Luftfahrt ist eine Erhöhung von 1,1 Millionen Pfund eingesetzt worden.

Irische Unruhen

London, 9. März. In den schweren Gefechten um die Höhe von Cahirmore in Irland zwischen Aufständischen und Regierungstruppen verloren die Ersteren gegen 1 Tote und die Regierungstruppen 9 Tote. Außerdem sind auf beiden Seiten viele Verwundete zu verzeichnen. Die Aufständischen traten den Militärs an.

Der Dollar 20748,-

	9. 3.	8. 3.	8. 3.	8. 3.
	Geld	Geld	Geld	Geld
Amsterdam . . . 1 Gulden	8314,41	8255,59	7690,87	7690,18
Buenos Aires . . . 1 Peso	7655,81	7694,19	7182,-	7215,-
Norwegen . . . 1 Krone	8720,67	8799,33	8601,22	8519,78
Dänemark . . . 1 Krone	3913,15	3946,85	3900,75	3709,25
Schweden . . . 1 Krone	5496,22	5525,78	5187,12	5162,88
Helsingfors . . . 1 Fin. Mark	570,57	573,43	587,85	540,85
Helsinki . . . 1 Frank	1087,92	1072,68	1082,41	1087,59
Wien . . . 1 Sire	987,52	993,48	928,87	933,38
London . . . 1 Pfund Sterling	97256,25	97743,75	91271,25	91728,75
Reinhardt . . . 1 Dollar	20748,-	20852,-	19851,50	19448,50
Paris . . . 1 Frank	1246,87	1253,13	1182,03	1187,97
Schweiz . . . 1 Frank	3884,81	3843,69	3615,98	3634,07
Spanien . . . 1 Pesta	8206,96	8293,04	8014,94	8030,06
Wien (abgeft.) 100 Kronen	26,43	26,58	26,80	27,06
Brag . . . 1 Krone	616,20	618,80	578,55	581,45
Budapest . . . 1 Krone	6,83	6,87	6,83	6,97

Polnische Noten 47,25

rs. Berlin, 9. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem berufsmäßigen Devisenhandel gestern Stellung nahm und dadurch merkliche Befestigungen hervorrief, sah es heute vormittag am Devisenmarkt ziemlich ruhig aus. Da kleinere Verkäufe aus dem Publikum vorlagen, senkten sich die Dollarnoten, die gestern abend mit 20 875 geschlossen hatten, bis auf 20 500. Dieser Kurs ist paritätisch mit dem New Yorker Markkurs. Im Verlauf des Vormittags und an der Börse trat dann auf Rufe der Industrie eine leichte Befestigung ein. Der Dollar wurde mit 21 000 gehandelt. Am Schluß der Börse schwächten sich die Devisen, die in Bezeckung mit der Dollarbewegung stehen, wieder ab. Der Dollar ging mit 20 750 um. — An der Effektenbörse herrschte starke Nervosität. Aus den Kreisen des Publikums liegen neue Verkaufsbefehle vor, doch wurden diese vereinzelt im Verlaufe der Börse wieder zurückgenommen. Abgabeneigung herrschte vor.

Wasserstände der Weidau, Jser, Eger und Elbe

	7.	8.	7.	8.
Waldau	26	12	128	128
Waldau	119	fehl	166	166
Jser	7	fehl	168	fehl
Eger	117	118	208	198
Elbe	2	fehl	88	48